

Gerhard Wettig (Köln)

Neue Aufschlüsse über Moskauer Planungen für die politisch-gesellschaftliche Ordnung in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg

Ein Defizit bisheriger Forschung

Als der Zweite Weltkrieg seinem Ende entgegenging, war für die Anti-Hitler-Koalition klar, daß das - zunächst einem Besatzungsregime zu unterwerfende - Deutschland eine neue Ordnung erhalten mußte. Dabei bestand die grundlegende Schwierigkeit, daß die alliierten Mächte gegensätzliche Systeme repräsentierten. Sollten nun die Westmächte oder die Sowjetunion das Vorbild sein? Stalin stand vor der Frage, ob er eine Einführung der sowjetsozialistischen Ordnung anstreben oder aber die Demokratie des Westens akzeptieren bzw. irgendein Mittelding zwischen beiden (sofern dies als eine stabile Lösung vorstellbar war) suchen sollte. Mit dieser Entscheidung verbanden sich weitreichende Implikationen. Der Versuch, das Sowjetsystem auf Deutschland zu übertragen, drohte zu einem Konflikt mit den Verbündeten zu führen. Zwar bestand in der UdSSR die Vorstellung eines grundsätzlichen Gegensatzes zu den "imperialistischen" Staaten im Westen, doch sprachen pragmatische Überlegungen dafür, die mit einer Konfrontation verknüpften politischen Risiken zu vermeiden und die in einer Kooperation liegenden Möglichkeiten auszuschöpfen. Eine weitere Frage, die sich mit Stalins Entscheidung über seine politisch-gesellschaftlichen Ziele in Deutschland verband, war das Problem der deutschen Einheit. Bis zur Konferenz von Jalta wurde in Moskau - so wie damals auch in westlichen Hauptstädten - eine staatliche Zerstückelung Deutschlands erwogen, teilweise sogar verfochten. Danach jedoch begann die sowjetische Führung Interesse an einer Wahrung der deutschen Einheit zu zeigen. Aus dieser Sicht war zu befürchten, daß ein Hinwirken der sowjetischen Besatzungsbehörden auf Übernahme des eigenen Systems durch die Deutschen eine Spaltung des besiegten Landes nach sich ziehen würde, weil die westlichen Okkupationspartner nicht mitmachen würden.

Die historische Forschung hat zu diesem Fragenkomplex bisher nur mit großer Zurückhaltung oder auf wenig überzeugende Weise Stellung nehmen können. Allzu gering war die Evidenz, die sich aus den vorhandenen Quellen ergab. Von dürftigen und tendenziös ausgewählten Quellen in der Literatur der früheren DDR¹ und einigen Erinnerungsberichten wie insbesondere dem von Wolfgang Leonhard² abgesehen, konnte man bei der Analyse nur auf das Erscheinungsbild des Vorgehens in der Sowjetzone und auf die öffentlichen östlichen Aus-

1 Ein für die hier interessierenden Fragen wesentlicher Teil wurde ausgewertet von Fischer, Alexander: Die sowjetische Deutschlandpolitik im Zweiten Weltkrieg 1941-1945, Stuttgart 1975; weitere Hinweise bei Erler, Peter/Laude, Horst/Wilke, Manfred (Hrsg.): "Nach Hitler kommen wir." Dokumente zur Programmatik der Moskauer KPD-Führung 1944/45 für Nachkriegsdeutschland, Berlin 1994, S. 15f.

2 Leonhard, Wolfgang: Die Revolution entläßt ihre Kinder, Köln-Berlin 1955.

sagen zurückgreifen. Die propagandistische Stilisierung, die mit den Aktionen und vor allem mit deren Erläuterung weithin verbunden war, erschwerte eine zuverlässige Interpretation. In vielen Fällen wäre eine Überprüfung an Hand des Kontrastmaterials interner Dokumente notwendig gewesen, um das Urteil auf eine hinreichend sichere Basis zu stellen.

Unterschiedliche Auffassungen

In seinem Beitrag zum Osteuropa-Handbuch kam Boris Meissner - mit dem Vorbehalt der Ungewißheit - zu dem Schluß, daß Stalin zunächst für eine Übertragung des Sowjetsystems auf die deutsche Seite gewesen sei. Dann jedoch habe er aufgrund eines von Politbüromitglied Mikojan erstatteten Berichts den Entschluß gefaßt, ein Mehrparteiensystem einzuführen. Damit habe er die Schaffung einer "allgemeinen antifaschistischen Bewegung", die Bildung eines "Blocks der kämpferischen Demokratie" und eine zeitliche Vorverlegung der geplanten Bodenreform verbunden. In dieser Darstellung bleibt unklar, auf welche Ordnung diese Maßnahmen hinauslaufen sollten.³

Eine zeitlich durchgängige Absicht der sowjetischen Führung, ihr System der deutschen Seite zu übermitteln, glaubte Hermann Weber in einer 1966 erschienen Darstellung der ostdeutschen Geschichte im Sinne eines Fernziels vermuten zu können. Stalin, so wurde hinzugefügt, konnte auf lange Sicht gar nicht anders, als die eigene Ordnung auch in Deutschland zu installieren. Dem 1943 in der UdSSR gebildeten Nationalkomitee Freies Deutschland wurde die Funktion eines vorbereitenden Probelaufs zugeschrieben. Mit einer politikbestimmenden kommunistischen Minderheit und einer als Aushängeschild dienenden Mehrheit von anderen Kräften habe es damals "bereits alle Kennzeichen der späteren Taktik des Stalinismus in den 'Massenorganisationen' und bei der Unterwanderung bürgerlicher Organisationen" gegeben.⁴

Eine andere Auffassung entwickelte Hans-Peter Schwarz. Danach war Stalin bei aller Präferenz für eine sowjetsozialistische Lösung nicht absolut und endgültig festgelegt. Vielmehr war er, wenn es um übergeordneter Interessen der UdSSR willen zweckmäßig erschien, auch zur Erwägung von Abschwächungen und Modifikationen bereit. Dabei bleibt unklar, inwieweit es sich um einen von vornherein in die Sowjetisierungspläne eingearbeiteten Vorbehalt oder um nachträgliche Korrekturen des anfänglichen Kurses handelte. Es fehlt auch eine deutliche Aussage darüber, ob die erwogenen Änderungen peripherer oder zentraler Natur waren.⁵ Eine ähnliche Ansicht scheint Christoph Kleßmann zu vertreten, wenn er von einer "Mehrdimensionalität" und "Flexibilität" der sowjetischen Deutschland-Planung spricht und "Alternativen, Schwankungen und Widersprüche" des sowjetischen Vorgehens feststellt, die nicht als taktische Manöver abgetan werden dürften. Bei näherem Hinsehen freilich besteht die Mehrdimensionalität nur darin, daß sich der Kreml nicht allein mit der

3 Meissner, Boris: Die sowjetische Deutschlandpolitik, 1945-1949, in: Geyer, Dietrich (Hrsg.): Osteuropa-Handbuch, Bd. Sowjetunion, T. Außenpolitik I (1917-1953), Köln-Wien 1972, S. 449f. Eine Quellenangabe bezüglich des Mikojan-Berichts fehlt.

4 Weber, Hermann: Von der SBZ zur "DDR", Bd. 1: 1945-1955, Hannover 1966, S. 10-12.

5 Schwarz, Hans-Peter: Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945-1949, 2. Aufl., Stuttgart 1980.

Frage der politisch-gesellschaftlichen Ordnung in Deutschland, sondern auch mit anderen Aspekten der deutschen Frage - mit der Ziehung der Grenzen, mit der staatlichen Einheit und nicht zuletzt mit den Reparationen an die UdSSR - zu befassen hatte. Stalin hatte mithin, wie es bei politischen Entscheidungen in aller Regel der Fall ist, mehr als nur einen Gesichtspunkt zu berücksichtigen. Daraus aber braucht noch nicht zu folgen, daß die resultierende Politik verwickelt oder gar diskontinuierlich war.⁶

Im Gegensatz zu Christoph Kleßmann kommt Alexander Fischer aufgrund einer ins Einzelne gehenden Untersuchung der in sowjetischem Auftrag von KPD-Funktionären im sowjetischen Exil vorgenommenen Nachkriegsplanung zu dem Schluß, daß es sich im Kern um ein undemokratisches, antiwestliches Konzept gehandelt habe. Auch die Forderungen, welche die sowjetische Führung aus den Beschlüssen von Jalta hergeleitet habe, wiesen in die gleiche Richtung. So wie Hermann Weber meinte auch Alexander Fischer, die Politik der UdSSR sei auf ein sowjetsozialistisches Endziel ausgerichtet gewesen, das nicht mit einem großen Schritt, sondern im Verlauf eines politischen Prozesses erreicht werden sollte.⁷

Wer meint, Stalin Zurückhaltung hinsichtlich der Übertragung seines Systems auf Deutschland bescheinigen zu können, sieht keine Schwierigkeiten für das Verhältnis zu den Verbündeten der Anti-Hitler-Koalition. Wer jedoch beim Kreml einen Willen zur Durchsetzung einer sowjetsozialistischen Ordnung feststellt, muß die Auswirkungen auf die Beziehung zu den Verbündeten erläutern und deutlich machen, wie man mit diesen Folgen fertig zu werden gedachte. Weiterhin gilt es zu klären, wie sich sowjetsozialistisches Bestreben und Willen zur Wahrung der deutschen Einheit zueinander verhielten. Boris Meissner und Hermann Weber lösen das analytische Problem, indem sie Stalins Sowjetisierungspolitik nur auf das Gebiet der Sowjetzone beziehen.⁸ Sie legen also die Logik zugrunde, daß Sowjetisierungspolitik und deutsche Einheit unvereinbar waren. Stalin richtete sich danach, indem er den Export seines Systems vor das Interesse an der Einheit Deutschlands setzte.

Der gleichen Logik folgt Wilfried Loth in einer kürzlich erschienenen Monographie über Stalins Deutschland-Politik. Er argumentiert jedoch umgekehrt: Aus dem Interesse des sowjetischen Führers an Wahrung der deutschen Einheit - und ebenso aus dem Wunsch nach Fortsetzung der Ost-West-Zusammenarbeit - folgt demnach, daß sich Stalin mit sowjetsozialistischen Zielen in Deutschland zurückhalten mußte. Das immer wieder lautstark vorgetragene östliche Bekenntnis zu einer "antifaschistisch-demokratischen" Ordnung, zu "allgemeinen" demokratischen Grundsätzen (die angeblich Kommunisten und Demokraten miteinander verbanden) und zu "bürgerlichen" und "parlamentarischen" Demokratieformen wird als Erweis für die Richtigkeit der Auffassung angeführt.⁹ Dieser Standpunkt wirft die Frage auf, wieso trotzdem von Anfang an ein Sowjetisierungsdruck in der Sowjetzone spürbar wurde, sich dann fortlaufend verschärfte und mit Folgerichtigkeit zur Entstehung von Regime und System der DDR führte. Wilfried Loth läßt sich dadurch nicht in der Überzeugung erschüttern, daß Stalin dieses Ergebnis niemals wollte, "weder einen Separatstaat auf dem Boden der sowjetischen Besatzungszone noch überhaupt einen sozialistischen Staat in Deutschland" anstrebte,

6 Kleßmann, Christoph: Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945-1955, 5. Aufl., Bonn 1991, S. 26-28.

7 Fischer, a.a.O., insbes. S. 136-153, 156f.

8 Meissner, a.a.O., S. 449; Weber, a.a.O., S. 11.

9 Loth, Wilfried: Stalins ungeliebtes Kind. Warum Moskau die DDR nicht wollte, Berlin 1994.

sondern statt dessen im Zusammenwirken mit den Westmächten eine "parlamentarische Demokratie für ganz Deutschland" zu schaffen gedachte, "die dem Faschismus die gesellschaftlichen Grundlagen entzog und der Sowjetunion den Zugang zu den Ressourcen des Ruhrgebiets eröffnete". Wenn es gleichwohl zur DDR gekommen ist, so sei dies "in erster Linie ein Produkt des revolutionären Eifers von Walter Ulbricht, der sich vor dem Hintergrund westlicher Abschottungspraxis entfalten konnte". Demnach verstand es der sowjetische Führer nicht, sich gegenüber dem von ihm völlig abhängigen deutschen Kommunisten durchzusetzen. An der Stelle Stalins erscheint Ulbricht als die geschichtsmächtige Persönlichkeit, welche die Spaltung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg hervorrief.¹⁰

Der - wenn auch eng begrenzte - Einblick in die Planungsarbeit der Moskauer KPD-Funktionäre veranlaßte Alexander Fischer dazu, die Unauflöslichkeit der Verbindung zwischen Sowjetisierungs- und Spaltungsabsicht in Frage zu stellen. Er kam zu dem Ergebnis, daß es die Führung der UdSSR sowohl auf eine Übertragung des Sowjetsystems als auch auf die Aufrechterhaltung der deutschen Einheit abgesehen hatte. Das Ziel sei gewesen, die stalinistische Ordnung in ganz Deutschland durchzusetzen. Diese These ruft natürlich sofort die Frage hervor, wie der Kreml diese Absicht gegen den in den Westzonen zu erwartenden Widerstand, insbesondere auch von seiten der dortigen Besatzungsmächte, verwirklichen wollte. Nach Alexander Fischers Darlegungen waren sich die Moskauer KPD-Funktionäre dieses Problems bei ihren Beratungen durchaus bewußt. Sie glaubten aber offensichtlich, daß sich diese Schwierigkeit überwinden lasse. Mehr noch: Die von ihnen ausgearbeitete Strategie einer allmählichen Transformation vom Ausgangszustand einer "antifaschistisch-demokratischen" Ordnung bürgerlich-parlamentarischen Typs zu einem sowjetsozialistischen System war, wie sich dem Zusammenhang entnehmen läßt, wesentlich durch das Bestreben bestimmt, die außerhalb des sowjetischen Herrschaftsbereichs liegenden deutschen Gebiete einzubeziehen.¹¹

Mit dieser These eröffnete Alexander Fischer eine neue Perspektive. Diese war freilich nicht ohne weiteres eingängig. Wegen der schlechten Quellenlage waren überdies dem Bemühen um Verifikation oder Falsifikation enge Grenzen gesetzt. Die These blieb daher kontrovers. Aus der Sicht derer, die der sowjetischen Seite die Absicht zum Export ihrer Ordnung zuschrieben, war die These allerdings willkommen. Denn auf andere Weise war es nicht gelungen zu erklären, wieso die östliche Seite eine langwierige, mit voraussehbaren Schwierigkeiten und Komplikationen verbundene Transformationsstrategie für notwendig hielt, wenn die sowjetische Besatzungsmacht innerhalb ihres Herrschaftsbereichs die angestrebte Transformation ohne besondere Umstände anordnen und ohne Schwierigkeiten durchsetzen konnte. Wenn es darum ging, allein die Sowjetzone einer Transformation zu unterwerfen, war es nicht einzusehen, warum zunächst halbdemokratische Verhältnisse geschaffen werden sollten, von denen man später wieder abzukommen gedachte. Auf diese Weise wurden, Möglichkeiten eines mehr oder minder starken Widerstands erst geschaffen.¹² Nur wenn es darum ging, eine Ordnung für ganz Deutschland zu entwerfen, die auch

10 Ebenda, S. 10.

11 Fischer, a.a.O., insbes. S. 83-86, 132-136.

12 Wie unzureichend die außerhalb der Fischer-These gesuchten Erklärungen sind, zeigt sich bei Weber, a.a.O., S. 12.

den westlichen Besatzungsmächten annehmbar erscheinen mochte, war das von den Moskauer KPD-Funktionären ausgearbeitete Konzept sinnvoll.

Eine veränderte Quellenlage

Die historische Forschung hat durch die Öffnung östlicher Archive die Möglichkeit völlig neuer Einblicke gewonnen. Die Innenperspektive der sowjetischen Politik ist nicht länger ein Buch mit sieben Siegeln. Die geöffneten Archive der ehemaligen DDR haben zahlreiche Dokumente insbesondere über die Planung der Moskauer KPD-Spitzenfunktionäre zutage gefördert. Diese Unterlagen sind um so wichtiger, als die Leiter der sowjetischen Politik augenscheinlich bezüglich Deutschlands eine klare Arbeitsteilung festlegten: Das Außenministerium der UdSSR befaßte sich mit den Fragen, welche die auswärtigen und besetzungsbedingten Aspekte der deutschen Zukunft betrafen, während die Exil-KPD unter Aufsicht der sowjetischen Partei das politisch-gesellschaftliche Aktionsprogramm zu formulieren hatte. Dazu kommen interne Notizen, Texte, Protokolle und ähnliche Schriftstücke, welche die Tätigkeit und die Aussagen führender Moskauer KPD-Funktionäre danach in der Zeit vom Herbst 1944 bis zur Konstituierung der KPD in Berlin Mitte 1945, teilweise auch das Vorgehen der sowjetischen Besatzungsbehörden im Rahmen ihres Wirkens auf deutschem Boden, widerspiegeln. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, finden sich alle diese dem früheren Zentralen Parteiarchiv der SED entstammenden Dokumente in zwei Bänden, die 1994 von dem früheren DDR-Historiker Gerhard Keiderling¹³ bzw. von Autoren des Forschungsverbunds SED-Staat an der Freien Universität Berlin¹⁴ herausgegeben worden sind. Weit spärlicher sind die Informationen über die Formulierung der Deutschland-Politik in Moskau. Was aus russischen Archiven darüber bisher bekannt geworden ist, hat aber eine wichtige ergänzende Funktion. Ein grundlegender Mangel freilich ist, daß Bestände über operative Vorgänge, insbesondere Entscheidungen, noch völlig fehlen. Bislang gibt es lediglich Unterlagen aus dem Jahr 1944 über Konzepte der allgemeinen sowjetischen Außenpolitik, die Rückschlüsse auf zugrunde liegende Wahrnehmungen erlauben, in deren Kontext die damalige Deutschland-Politik einzuordnen ist. Bedauerlich ist insbesondere, daß noch keine diesbezüglichen Bestände aus dem Moskauer Präsidentenarchiv mit den damaligen Handakten Stalins freigegeben worden sind. Auch die Dokumente aus anderen Archiven, namentlich aus denen des Außenministeriums und des Parteiapparats, standen bisher der Forschung nur zu einem sehr kleinen Teil zur Verfügung. Es gibt daher nur in Einzelbereichen interne Quellen, die wichtige Vorgänge in wesentlichem Umfang abdecken. Dazwischen klaffen Lücken, so daß auf diesem Felde weiterhin nur Stückwerk vorhanden ist. Gleichwohl sind erstmals direkte Einblicke in die Vorstellungswelt und Denkweisen von Akteuren möglich, die an der Formulierung der sowjetischen Deutschland-Politik beteiligt waren.

Angesichts weithin lückenhafter Quellen gilt es vielfach, aus den jeweils bekannten Einzelheiten Schlüsse auf fehlende Zwischenglieder zu ziehen. Wenn man nur größere Linien zieht und auf Details verzichtet, ist dies in erheblichem Ausmaß möglich. Mit dieser Einschränkung lassen sich heute erstmals mit einiger Zuverlässigkeit Urteile über Absichten und

13 Keiderling, Gerhard (Hrsg.): "Gruppe Ulbricht" in Berlin April bis Juni 1945, Berlin 1994.

14 Erler u.a., a.a.O.

Ziele der sowjetischen Deutschland-Politik fällen. In der vorliegenden Untersuchung ergibt sich die Schwierigkeit, daß über Stalin als den letztlich allein bestimmenden Leiter der sowjetischen Außenpolitik noch keine genauer informierenden Zeugnisse vorliegen. Bezüglich des Moskauer Kurses im Jahre 1944 läßt sich nur auf Ausarbeitungen zweier mit der Nachkriegsplanung beauftragter Spitzendiplomaten zurückgreifen. Botschafter Majskij legte ein Konzept vor, das unter seiner Leitung in der vom Außenministerium eingesetzten Reparationskommission ausgearbeitet worden war. Analog dazu faßte der frühere Außenminister Litwinow die Ergebnisse zusammen, die in der - ebenfalls von der sowjetischen Außenbehörde geschaffenen - Kommission für Friedensverträge und Nachkriegsordnung erzielt worden waren.¹⁵ Es ist angesichts der Moskauer Führungsverhältnisse davon auszugehen, daß diese Dokumente sich genau an den Vorstellungen nicht nur des Ministeriums, sondern auch Stalins selbst orientierten, auch wenn die Ausgestaltung in den Einzelheiten Sache der Kommission gewesen sein dürfte. Der Erkenntniswert für das Problem der Absichten in Deutschland liegt daher in der Art, wie die internationale Situation eingeschätzt und wie darauf reagiert wurde. Die für Deutschland vorgesehene politisch-gesellschaftliche Ordnung war der unmittelbare Gegenstand einer von KPD-Spitzenfunktionären des Moskauer Exils durchgeführten Planung. Wie der Herausgeber einer der beiden einschlägigen Dokumentationen aufgrund aller von ihm eingesehenen Unterlagen feststellt, waren die KPD-Planer "nicht frei in ihrer Entscheidung". Ihre Partei galt als eine nationale Sektion der kommunistischen Weltbewegung und unterlag damit den Weisungen von deren Moskauer Zentrale. Dabei konnte sie natürlich ihre eigenen Vorstellungen einbringen, doch mußten diese mit den sowjetischen Parteiinstanzen abgestimmt werden, bevor sie einen Niederschlag in den anzufertigenden Ausarbeitungen fanden. Die maßgebende Stelle war die Abteilung für Internationale Information (Auslandsbüro) beim Zentralkomitee der KPdSU(b), welche die Tätigkeit der - 1943 im Blick auf die Optik in den westlichen Ländern aufgelösten - Komintern mit dem gleichen Personal fortsetzte. Die Vorgaben für die Planungsarbeit der deutschen Kommunisten übermittelte deren Vorsitzender Wilhelm Pieck aufgrund seiner jeweils vorangegangenen Kontakte mit dem Leiter des Auslandsbüros, dem früheren Komintern-Chef Georgij Dimitrow.¹⁶

15 Daneben hatte das sowjetische Außenministerium noch eine dritte Kommission unter Marschall Woroschilow gebildet. Diese befaßte sich mit der Formulierung von Waffenstillstandsbedingungen und ist daher in dem hier interessierenden Zusammenhang irrelevant. Ein vorher in der SMAD tätiger sowjetischer Überläufer berichtete darüber hinaus im Westen von einer Kommission unter Politbüromitglied Malenkow über Maßnahmen der "wirtschaftlichen Entwaffnung" Deutschlands, ohne jedoch Angaben über ihre Entstehung zu machen (Rudolph, Vladimir: *The Administrative Organization of Soviet Control*, in: Slusser, Robert (Hrsg.): *Soviet Economic Policy in Postwar Germany. A Collection of Papers by Former Soviet Officials*, New York 1953, S. 19).

16 Keiderling, a.a.O., S. 26f. Die Tatsache, daß die Arbeit der Komintern unter anderem Firmenschild unverändert fortgeführt wurde, wird durch Ausführungen bestätigt, die Natalja S. Lebedewa, Wissenschaftliche Mitarbeiterin des Institut vseob* ej istorii der Russischen Akademie der Wissenschaften, aufgrund ihrer Archivarbeit im Zusammenhang mit einem Forschungsvorhaben "From the Comintern to the Cominform" auf einer Konferenz des Cold War International History Project in Moskau am 15.1.1993 machte. Der Kontakt zwischen Pieck und Dimitrow fand mittels Briefen und in der Form vorher vereinbarter Besprechungen statt. Keiderling beruft sich bei seinen Angaben auf die darüber von Pieck "gewissenhaft" angefertigten Aufzeichnungen.

Die entscheidenden Weichenstellungen wurden im Hintergrund von Stalin vorgenommen, der augenscheinlich eine vielfach bis ins Detail hinein bestimmende Rolle spielte.¹⁷

Die Arbeitsvoraussetzungen für die Planung der Moskauer KPD-Funktionäre

Die sowjetische Führung war generell nicht bereit, den KPD-Führern einen Handlungsspielraum erheblichen Umfangs zuzubilligen. Das läßt sich an der Tatsache ablesen, daß diese später bei ihrer Rückkehr aus dem Moskauer Exil ihre Tätigkeit in der Sowjetzone ausdrücklich als ausführende Organe der Besatzungsmacht beginnen mußten.¹⁸ Auch als dieser Status ab Mitte Juni 1945 formell aufgehoben war, wurden den deutschen Genossen die zu ergreifenden Maßnahmen genau vorgeschrieben,¹⁹ soweit die sowjetische Seite nicht die Entscheidungen überhaupt selbst traf, welche die KPD - später die SED - dann als ihre eigenen zu übernehmen hatte.²⁰ Die nach Deutschland entsandten waren der Moskauer Zentrale Rechenschaft schuldig. Diese Verantwortlichkeit betraf unter anderem Personalia, Organisations- und Konzeptionsfragen. Sie hatten über die bei den einheimischen Kommunisten angebotenen Einstellungen Bericht zu erstatten und Genehmigung für ihre zur Publikation vorgesehenen Artikel einzuholen.²¹ Wer von den Moskauer Emigranten zu welchem Zeitpunkt und an welchen Ort zurückkehren durfte, war eine Angelegenheit weder der Betroffenen noch der KPD, sondern allein der einschlägigen Stellen in der KPdSU.²² Georgij Dimitrow, der die sowjetische Seite gegenüber den deutschen Kommunisten vertrat, wurde daher von diesen ausdrücklich als "Chef" bezeichnet.²³

Es wäre aber verfehlt anzunehmen, daß die Fremdbestimmung von den in Deutschland eingesetzten Funktionären des Moskauer Exils mit Ärger und gar Ablehnung quittiert worden wäre. Die KPD-Kader sahen in den Instruktionen einen Rahmen, der ihrem Handeln Rückhalt bot. Dem lag das Bewußtsein einer prinzipiellen Interessengemeinschaft zugrunde. Den sowjetischen Auftraggebern und ihren deutschen Helfershelfern ging es um die Durchsetzung von Zielen, an denen ihnen gleichermaßen gelegen war. Auf dieser Basis identifizierten sich

17 Raack, R. C.: Stalin Plans his Post-War Germany, in: *Journal of Contemporary History*, 28(1993), pp. 55ff, 64f.

18 Hierzu im einzelnen Keiderling, a.a.O., S. 42-45.

19 Vgl. als instruktive Beispiele die Besprechungen zwischen Pieck und Dimitrow am 25.5.1945 und am 30.5.1945, in: Keiderling, a.a.O., S. 385-389, 432-440.

20 Das galt insbesondere auch für das grundlegende Manifest des ZK der KPD vom 11.6.1945, das aufgrund von Vorgaben Stalins von A. Ackermann entworfen und nach Beratungen mit G. Dimitrow abschließend formuliert wurde (Erler u.a., a.a.O., S. 121ff). Die Praxis der Veröffentlichung sowjetisch formulierter Dokumente namens der KPD, SED bzw. DDR läßt sich an Hand interner sowjetischer Quellen bis wenigstens 1953 nachweisen.

21 Vgl. die Rechenschaftsberichte Ulbrichts an Dimitrow vom 9.5.1945, 17.5.1945, 20.5.1945, 23.5.1945 und 26.5.1945, in: Keiderling, a.a.O., S. 318-321, 348-351, 359f., 376f., 401.

22 Vgl. Schreiben Ulbrichts an Dimitrow vom 9.5.1945 und 12.5.1945, in: Keiderling, a.a.O., S. 323f., 328; Listen der nach Deutschland entsandten KPD-Kader [zusammengestellt vom Apparat Dimitrows] vom 30.5.1945 und 9.6.1945, ebenda, S. 441-443, 506-508.

23 Schreiben Ulbrichts an Pieck vom 23.5.1945, in: Keiderling, a.a.O., S. 374.

die Führer der KPD voll mit der Sache der UdSSR. Die Funktionäre, die sie ihrerseits in der Sowjetzone in Dienst nahmen, hatten nach ihrem Willen dafür zu sorgen, daß "die Befehle und Anweisungen der Besatzungsbehörden als im Interesse des deutschen Volkes liegend unbedingt durchgeführt" wurden.²⁴ Darüber hinaus wurde die Einstellung gegenüber der UdSSR zum entscheidenden Kriterium der politischen Zuverlässigkeit gemacht. Das "Eintreten für [die] Freundschaft" mit der Sowjetunion sowie deren unbedingte "Verteidigung gegen äußere Feinde" erschienen unabdingbar. Aufgrund ihres Willens zur "Freundschaft des deutschen Volkes mit dem großen Sowjetvolk", so wurde hinzugefügt, seien die Kommunisten in Deutschland die "einzigsten wahren Patrioten".²⁵ Diese Gleichsetzung von deutschen und sowjetischen Interessen beruhte auf der Vorstellung, daß die eigentlichen Interessen des deutschen Volkes diejenigen der deutschen "Arbeiterklasse", d.h. der KPD, seien, die sich mit denen der Sowjetmacht deckten. Zum einen war die KPD objektiv von der UdSSR völlig abhängig. Zum anderen verinnerlichteten ihre führenden Funktionäre die sowjetische Politik als ihre ureigene Sache. Abweichungen von der Linie des Kremls waren undenkbar.

Das Manifest der KPD und ihm zugrunde liegende Vorstellungen

Die im Gefolge der Roten Armee nach Deutschland kommenden Kader wurden zuvor intensiv auf den Einsatz vorbereitet. Ihr Auftrag betraf zunächst pragmatische Aufgaben, insbesondere den Aufbau von Organisationsstrukturen und Machtpositionen. Programmatische Aussagen waren während der ersten Wochen von der sowjetischen Besatzungsmacht nicht vorgesehen. In der zweiten Maihälfte 1945 wurde jedoch in Moskau der Beschluß gefaßt, dies Verbot aufzuheben. Damit verband sich eine abschließende Beschlußfassung über die politische Linie, welche die KPD zu verfolgen hatte. Zunächst erklärte daraufhin die Besatzungsmacht am 10. Juni 1945 ihre Bereitschaft, "antifaschistisch-demokratische Parteien" in dem von ihr beherrschten Gebiet zuzulassen. Am folgenden Tag erließ das Zentralkomitee der KPD einen ihr aus Moskau zugegangenen Aufruf. Demnach galt es, "die Sache der Demokratisierung Deutschlands, die Sache der bürgerlich-demokratischen Umbildung, die 1848 begonnen wurde, zu Ende zu führen". Die deutschen Kommunisten bekannten sich zu der "Auffassung, daß der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre, denn dieser Weg entspricht nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland". Den Deutschen wurde "ein anderer Weg" empfohlen: der "Weg der Aufrichtung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk". In diesem Sinne wurde aufgerufen zum "großen Kampf für die demokratische Erneuerung Deutschlands, für die Wiedergeburt unseres Landes".²⁶

Eine richtige Interpretation setzt eine genaue Beachtung des Wortlauts voraus. Es heißt nicht zufällig, daß eine Aufzwingung des Sowjetsystems der falsche Weg - und nicht etwa das falsche Ziel - sei. Der Verdeutlichung diene der Hinweis, ein solches Vorgehen entspreche nicht der deutschen Entwicklung zum gegenwärtigen Zeitpunkt. Damit wurde ausdrück-

24 KPD-Richtlinie vom 5.4.1945, in: Keiderling, a.a.O., S 260.

25 So Pieck in der Antifa-Schule 27 am 21.6.1945, in: Keiderling, a.a.O., S. 562.

26 Erler u.a., a.a.O., S. 390-397, insbes. 394.

lich die Möglichkeit offengelassen, die Einführung des Sowjetsystems später auf die politische Tagesordnung zu setzen. Diese Formulierung machte die - durch das Manifest seinerzeit weithin geweckte - Erwartung illusorisch, die KPD werde ihr früheres Streben nach einer kommunistischen Ordnung aufgeben und sich für die Einführung einer westlich-demokratischen Ordnung in Deutschland einsetzen. Auch die sonstige Terminologie der von Moskau eingesetzten Kader ließ dies nicht erwarten. Vor allem verschwand das Wort "Sozialismus" nicht aus ihrem Vokabular. Acht Monate später wurde sogar die These von einem "besonderen deutschen Weg zum Sozialismus" parteiamtlich verkündet.²⁷ Der Hinweis auf den nationalen Sonderweg leistete zwar dem Eindruck Vorschub, daß Deutschland dem Beispiel der UdSSR nicht folgen werde, besagte aber tatsächlich eher das Gegenteil. Denn es sollte sich nur der Weg vom sowjetischen Vorbild unterscheiden, im übrigen bedeutete eine Ausrichtung auf den Sozialismus im kommunistischen Sprachgebrauch notwendigerweise eine Parteinahme für die Ordnung der UdSSR und gegen das westliche System. Dementsprechend nannte der KPD-Vorsitzende Pieck am 9. Januar 1945 seinen Parteifreunden als Ziel ihres bevorstehenden Einsatzes die "Wiedergeburt unseres Volkes in einem neuen, demokratischen Deutschland [...], in dem der Weg zum Sozialismus gebahnt werden wird".²⁸

Diese Äußerung läßt zugleich die dynamische Komponente erkennen, die den kommunistischen Bekenntnissen zur deutschen Demokratie innewohnte. Demnach war diese nicht ein Ziel, sondern der Weg zu etwas anderem, nämlich zum Sozialismus. Damit verband sich der Anspruch, daß die KPD die Führung des Kampfes um das neue Deutschland übernehmen und "ihm Ziel und Richtung geben" müsse. Von dieser Position her sollte dann die Politik der anderen Parteien "einer scharfen Kritik unterzogen werden", so daß diese anschließend zur Korrektur ihrer Politik genötigt sein würden. Die Rechtfertigung für dieses - den nicht-kommunistischen Kräften die Handlungsfreiheit bestreitende - Beginnen lautete, alle außer den Kommunisten hätten durch "reaktionäre Politik" die "Entwicklung zum Hitlerismus und zum Kriege begünstigt".²⁹ Die Argumentation läßt die Vorstellung einer zweigeteilten Welt erkennen, in der nur die Kommunisten und die von ihnen vertretene Sache des Sozialismus gut sind, während alles übrige mehr oder weniger dem Übel zuzurechnen ist. Diese Prämisse relativierte den Gedanken einer Einheit zwischen östlichen Kommunisten und westlichen Demokraten, der mit dem Begriff der "antifaschistisch-demokratischen" Ordnung beschworen wurde: Die an westlichen Vorbildern orientierte Spielart der Demokraten hatte demnach nicht als vollwertig zu gelten; ihr war eine zumindest teilweise Mitschuld am Hitler-Regime anzulasten und daher auch eine Anpassung ihrer Politik an östlichen Vorgaben zuzumuten. Den Grund dafür sahen die Kommunisten in einer "reaktionären" Beimengung aller politischen Richtungen, die nicht von ihnen bestimmt wurden. Auf die Beseitigung dieses Bestandteils kam es an. "Reaktionär" waren demnach alle Bestrebungen, die jeweils nicht mit der sowjetischen Politik übereinstimmten.

Vor diesem Hintergrund verstand es sich für die in Moskau geschulnten KPD-Funktionäre von selbst, daß Demokratie nicht gleich Demokratie war. Diejenigen unter den als "demokratisch" bezeichneten Tendenzen, die man als günstig für die eigene Seite ansah, hob man

27 Der richtungsweisende Aufsatz von Anton Ackermann erschien am 9.2.1946 im Parteiorgan "Einheit".

28 Pieck vor der Parteischule in Moskau am 9.1.1945, in: Keiderling, a.a.O., S. 141.

29 Pieck vor der Parteischule in Moskau am 10.3.1945, in: Keiderling, a.a.O., S. 236, 239.

normalerweise durch positiv wertende Adjektive wie "wahr" oder "fortschrittlich" hervor. In den Moskauer Beratungen der KPD-Führer über die deutsche Nachkriegsordnung war - einer Wortprägung Dimitrows folgend - von "kämpferischer Demokratie" als maßgebendem Leitbild die Rede. Dieser Begriff verdeutlicht auf anschauliche Weise, daß es den Moskauer Beauftragten nicht um die Herstellung eines Konsenses mit allen Demokraten, sondern um das Führen eines Kampfes gegen Abweichler von einer präfixierten Politik ging. Die KPD-Funktionäre konnten dabei auf frühere Verhaltensmuster ihrer Partei zurückgreifen. Diese habe in der Vergangenheit einen "ständigen Kampf für eine wahre kämpferische Demokratie geführt". Es sei eine "Verleumdung", daß die KPD dabei "gegen [die] Demokratie" Stellung genommen habe. Wenn sie 1918 "gegen Parlamentarismus, für Räte" gewesen sei und nunmehr einen anderen Standpunkt vertrete, so liege das nur an veränderten äußeren Umständen. Denn für andere als parlamentarische Formen der Demokratie gebe es derzeit "noch keine Voraussetzung". Das Kriterium für eine demokratische Haltung sei nicht, daß man für die Demokratie in einer bestimmten Form (etwa in der bürgerlichen bzw. parlamentarischen Spielart) eintrete. Es gehe vielmehr darum, den Fehler der Demokratie von Weimar zu vermeiden, "nicht kämpferisch" gewesen zu sein, d.h. "Toleranz gegenüber der Reaktion" geübt zu haben. Demokratische Rechte dürfe es nicht für alle geben, vielmehr müßten "Einschränkungen gegenüber den inneren Feinden des Volkes" vorgenommen werden.³⁰ Demnach galt es, die "Volksfreiheiten und Volksrechte" abzusichern "durch die Entmachtung jener Kräfte, die, um das Volk in ihren Krieg treiben und maßlos ausbeuten zu können, es aller Rechte und Freiheiten zu berauben trachten".³¹ Das besagte: Eine auf westlichen Vorstellungen beruhende Demokratie war allenfalls als ein Anfangsstadium zu akzeptieren, dem ein höheres, sozialistisches Stadium zu folgen hatte. Der Kampf um dessen Durchsetzung war ohne die im Westen üblichen demokratischen Rücksichten unerbittlich und unduldsam zu führen.

Die leitenden Gesichtspunkte werden noch klarer, wenn man sich die damaligen sowjetischen Vorstellungen über den Gegensatz von "Sozialismus" und "Imperialismus" vor Augen hält. Demnach bestand zwischen der UdSSR und den sich um sie scharenden Gruppen einerseits und allen übrigen Ländern und Kräften andererseits ein prinzipieller Antagonismus, der freilich unter bestimmten Umständen nicht offen zutage zu treten brauchte. Wer nicht auf seiten der Sowjetunion stand, wurde generell mit dem Negativbegriff "Imperialismus" belegt. Darunter wurden sowohl die westlichen Demokratien als auch faschistische Regime subsumiert. Trotz offenkundiger Gegensätze zwischen diesen beiden Seiten galt es in Moskau als ausgemacht, daß es sich nur um unterschiedliche Varianten der gleichen politisch-gesellschaftlichen Erscheinung handelte. Beiden Subsystemen des "Imperialismus" war das System des Privateigentums an den Produktionsmitteln samt der damit verbundenen Ausbeutung der Werktätigen gemeinsam. Aus diesem verbindenden Urgrund war demnach nach amtlicher These das Hitler-Regime erwachsen. Daraus wurde der Schluß abgeleitet, daß die Verfechter der "alten Ordnung" generell für Hitlers Machtergreifung und die dann folgenden Handlungen Schuld trügen. Auch wenn sich die Kommunisten durchaus der enormen praktischen

30 Pieck in der Antifa-Schule 27 am 21.6.1945, in: Keiderling, a.a.O., S. 526.

31 Aktionsprogramm des Blocks der kämpferischen Demokratie (Entwurf von Ackermann Ende 1944), in: Erler u.a., a.a.O., S. 291.

Unterschiede zwischen Demokratie und Faschismus bewußt waren,³² so hielten sie doch an der grundsätzlichen Gleichsetzung fest. Ihr Begriff "Antifaschismus", der in den einschlägigen Stellungnahmen der KPD und der UdSSR den Angelpunkt der politischen Analyse bildet, verdeckte zwar nach außen hin die zugrunde liegende zweigeteilte Weltsicht, schrieb diese aber zugleich nach innen hin fest: Als "Antifaschist" konnte nach kommunistischem Verständnis nicht einfach jeder gelten, der am Kampf gegen das Hitler-Regime teilgenommen hatte, sondern nur derjenige, der zugleich der "reaktionären" Haltung, d.h. der Ablehnung von Kommunismus und Sowjetunion, abgeschworen hatte. Er mußte sich insbesondere auch darüber klar geworden sein, daß der Nationalsozialismus nicht allein an der politischen Oberfläche, sondern auch durch ein Bemühen um Beseitigung seiner kapitalistischen Systemgrundlagen niedergedrungen werden mußte.

Außenpolitische Lagebeurteilung in Moskau 1944

In der sowjetischen Hauptstadt befaßten sich im Jahr 1944 eine "Kommission zur Ersetzung des von Hitler-Deutschland und seinen Verbündeten der Sowjetunion zugefügten Schadens" unter Botschafter Majskij und eine "Kommission für die Fragen der Friedensverträge und der Nachkriegsordnung" unter dem früheren Außenminister Litwinow mit dem Problem, auf welche Gestaltung der internationalen Außenwelt man hinwirken solle. Dabei ging es nicht zuletzt um die künftige Beziehung zu den angelsächsischen Mächten und um die künftigen Verhältnisse auf dem europäischen Kontinent. Majskij hob die Notwendigkeit hervor, die Sicherheit der Sowjetunion und die Aufrechterhaltung des Friedens in Europa und Asien kurz- und mittelfristig zu gewährleisten. Auf lange Sicht erwartete er den Erwerb einer solchen Stärke durch die UdSSR, daß diese zur Abwehr jedes Angriffs in Europa und Asien imstande sein würde. Dann werde auch zumindest das Festland Europas zum Sozialismus übergegangen sein, so daß es dort keinen Krieg mehr geben könne. Solange freilich diese günstigen Voraussetzungen noch nicht geschaffen waren, schien es notwendig, daß die Sowjetunion eine Konfrontation mit anderen Großmächten vermied. Ihnen gegenüber solle die UdSSR die Rolle der beherrschenden Landmacht beanspruchen. Zur See dagegen galt es als hinnehmbar, Großbritannien eine führende Rolle zu überlassen. Deutschland war, wie Majskij im Gegensatz zu einigen Mitgliedern seiner Kommission meinte, durch staatliche Zerstückelung als politisch bedeutsamer Faktor auszuschalten. Damit verband sich ein Plädoyer für ein Vorgehen, das - im Rahmen eines generell kooperativen Verhältnisses zu den beiden angelsächsischen Großmächten - England gegen die USA ausspielte. Großbritannien repräsentiere einen bloß "konservativen Imperialismus" und sei daher als Faktor der internationalen Stabilität geeignet. Vom "dynamischen Imperialismus" der Vereinigten Staaten gehe die größere Gefahr aus. Daher empfahl der Botschafter, sich unter Ausnutzung amerikanisch-britischer Konflikte Londons als Gegengewicht gegen Washington zu bedienen.

Außerdem sollte der Kreml ordnungspolitische Forderungen sowohl gegenüber den Kriegsgegnern als auch gegenüber den von diesen besetzten alliierten Ländern geltend machen. Es wurde damit gerechnet, daß Norwegen, Dänemark, die Niederlande, Belgien,

32 Ein instruktives Beispiel bietet eine Ausarbeitung, die W. Florin für die Beratungen der KPD-Kommission zwischen Februar und Mai 1944 anfertigte: Erler u.a., a.a.O., S. 126.

Frankreich und die Tschechoslowakei von selbst eine politische Entwicklung nehmen würden, die zu staatlichen Strukturen auf der Grundlage von "Prinzipien einer breiten Demokratie im Geiste der Idee der Volksfront" führen würde. In Deutschland, Italien, Japan, Ungarn, Rumänien, Finnland, Bulgarien, Polen, Jugoslawien, Griechenland und Albanien dagegen müßten die Siegermächte "Maßnahmen der Einmischung von außen" ergreifen, damit es dort zur Schaffung "wirklich demokratischer Regime" komme. Majskij befürwortete einen kurz- bis mittelfristigen Verzicht auf den Übergang anderer Länder zum Vollkommunismus. Es gelte, eine "vorzeitige Revolution" zu verhindern, weil andernfalls das Verhältnis der UdSSR zu den angelsächsischen Mächten belastet werden würde. Anscheinend befürchtete der Botschafter davon Gefahren für die weitreichenden sowjetischen Fernziele in Europa.

Die Ausführungen Litwinows gelten allein der Frage der künftigen Beziehung zu den beiden angelsächsischen Mächten. Auch er war der Ansicht, daß man stärker auf Großbritannien als auf die USA setzen solle. Im Unterschied zu Majskij jedoch sah er das Problem voraus, daß die künftige Übermacht der UdSSR auf dem europäischen Kontinent das britische Streben nach internationalem Gleichgewicht aktivieren und daher London zu gegenhaltendem Verhalten bewegen könne. Für diesen Fall empfahl Litwinow eine Aufteilung Europas in Interessenssphären. Dabei sollten die Staaten im Osten Europas bis einschließlich Schwedens, der Tschechoslowakei, Ungarns und Jugoslawiens dem sowjetischen Einfluß überantwortet werden, während für die britische Seite eine bestimmende Einwirkung auf die Niederlande, auf Belgien, Frankreich, Spanien, Portugal und Griechenland vorgesehen wurde. Norwegen, Dänemark, Deutschland, Österreich und Italien sollten eine "neutrale" Zone bilden mit gleichgewichtigen, mittels ständiger Konsultation wahrzunehmenden sowjetisch-britischen Aufsichtsrechten. Litwinow sah Londoner Einwände bezüglich der von ihm befürworteten Ausdehnung des Moskauer Einflusses auf Jugoslawien und die Türkei voraus. Großbritannien werde diese Länder ebenso wie Norwegen für sich beanspruchen. In diesem Falle könne man Garantien für die Aufrechterhaltung des bestehenden Regimes in diesen Staaten erwägen, wenn London deren Einbeziehung in den sowjetischen Machtbereich zustimme. Auch sei es denkbar, den britischen Wünschen nach einer Vorrangstellung in einigen Mittelmeerländern, etwa in Jugoslawien und Albanien, entgegenzukommen.³³

Diese Überlegungen beziehen sich auf Einzelheiten der internationalen Konstellation des damaligen Augenblicks, die sich bald wieder änderte. Details der Lagebeurteilung mögen von persönlichen Einschätzungen der Verfasser bestimmt sein, worauf beispielsweise ihr Auffassungsunterschied in der Beurteilung der britischen Kooperationsbereitschaft hindeutet. Von allgemeiner, über Moment und Autoren hinausreichender Bedeutung ist die Sichtweise, die den Ausführungen zugrunde liegt. Unzweideutig wird ausgegangen von einem grundlegenden Gegensatz zwischen den drei Hauptsiegermächten: die UdSSR hier und die beiden westlichen Länder dort. Dazu kommt ein deutlicher Kontrast zwischen langfristig sehr weitreichenden sowjetischen Ambitionen und einem aktuellen Moskauer Gefühl relativer Schwäche, das es nicht gestattet, die beiden anderen Außenmächte klar und offen herauszufordern. Vielmehr richtet sich das Bestreben darauf, einen Übergang von dem - prinzipiell unterstell-

33 Alle Angaben über die sowjetischen Überlegungen nach: Filitov, Aleksei: Problems of the Postwar Order in Soviet Conceptions of Foreign Policy During the Second World War [Text in russischer Sprache], Arbeitspapier für die Konferenz der Fondazione Giangiacomo Feltrinelli "The Soviet Union and Europe in the Cold War (1943-1953), Cortona, 23./24.9.1994, S. 7-9, 13-18, 22 (erscheint 1995).

ten - Gegensatz zur politisch wirksamen Feindschaft zu vermeiden. Ein Zusammenwirken nicht allein mit London, sondern vielfach auch mit Washington erschien notwendig - augenscheinlich zu dem Zweck, eine Verwirklichung der andernfalls nicht durchsetzbaren gesamt-europäischen Bestrebungen langfristig zu gewährleisten. Nur diese Absicht macht verständlich, wieso die Sorge Moskaus der Eventualität einer vorzeitigen sozialistischen Revolution in anderen europäischen Ländern galt, während zugleich der Übergang zum Sozialismus das langfristig angestrebte Ziel ist. Augenscheinlich war dies ein grundlegender Bestandteil der sowjetischen Lagebeurteilung von 1944/45. Die ins Auge gefaßte Transformation europäischer Staaten zum Sozialismus durfte demnach nicht offen - und das hieß: mit Provokationswirkung auf die angelsächsischen Länder - betrieben werden. Es kam vielmehr darauf an, den Übergang langfristig einzuleiten und zunächst nur vorbereitende und einleitende Maßnahmen zu ergreifen, die das Kooperationsverhältnis zu London und Washington nicht zerstörten. Das schien die beste Möglichkeit dafür zu bieten, daß Gegenwirkungen vermieden und die für natürlich erachteten Veränderungen dauerhaft gefördert wurden.

Grundzüge einer Strategie politisch-gesellschaftlicher Transformation

Die Beratungen der Moskauer KPD-Führer über die politisch-gesellschaftliche Ordnung im künftigen Deutschland dauerten von März bis Oktober 1944. Die Beteiligten waren sich von Anfang an der großen Aktionsmöglichkeiten bewußt, welche die bürgerliche Demokratie einer kommunistischen Kampfpartei eröffnet.³⁴ Die damit verbundenen Erwartungen waren um so größer, als man innerhalb des künftig von der UdSSR beherrschten Teils von Deutschland auf nachdrückliche Unterstützung seitens der Besatzungsmacht rechnen konnte. Diese würde sich auch darum bemühen, in den westlichen Zonen auftretende Gegenwirkungen auf alliierter Ebene zu konterkarieren. Überdies glaubten die Mitglieder der KPD-Kommission, nach Zusammenbruch und Diskreditierung des Hitler-Regimes ihre Politik und ihre Partei dem deutschen Volk als einzig überzeugende Alternative präsentieren zu können. In den Überlegungen spielte auch eine große Rolle, daß man das Streben nicht allein auf die Sowjetzone richtete und daher nicht einfach auf den Einsatz sowjetischer Machtmittel setzen durfte. Denn jenseits des Gebiets, das die Rote Armee kontrollieren würde, war man wesentlich auf die Akzeptanz der deutschen Bevölkerung angewiesen. Es galt daher, auf das zurückgebliebene Bewußtsein der - durch das Hitler-Regime politisch zurückgeworfenen - deutschen Massen Rücksicht zu nehmen. Zugleich freilich sah man eine "große Chance" darin, daß man den "breitesten Volksmassen" ein "Aktionsprogramm für die Schaffung eines neuen, demokratischen Deutschlands zur Diskussion unterbreiten" konnte. Damit sah man die Möglichkeit gekommen, sie "für den Kampf um ein neues Deutschland zu gewinnen".³⁵

Es stellte sich die Frage, wie das erreicht werden sollte. Als grundlegende Voraussetzung galt, daß die KPD den Charakter einer bolschewistischen Kampfpartei wahrte, die nach den Grundsätzen Lenins und Stalins handelte. Daher waren unter anderem eine schlagkräftige Organisationsstruktur, eine systematische Kadererziehung, ein diszipliniertes Mitgliederver-

34 Aktionsprogramm des Blocks der kämpferischen Demokratie (Entwurf von Ackermann Ende 1944), in: Erler u.a., a.a.O., S. 291.

35 Pieck vor der Parteischule in Moskau am 10.3.1945, in: Keiderling, a.a.O., S. 240.

halten, eine überzeugende Propagandaarbeit und die Fähigkeit sowohl zu guter operativer Arbeit als auch zur Anleitung anderer Gruppen und Organisationen zu gewährleisten. "Kampffähigkeit" und "Grundsatzfestigkeit" sollten sich wechselseitig ergänzen. Es wurde ein einheitlich-zentralistisches Parteiregime vorgesehen, das dazu bestimmt war, die revolutionäre Disziplin unverbrüchlich aufrechtzuerhalten, auch wenn das gesteckte Ziel einer "großen Massenpartei des werktätigen Volkes" zu einem Einströmen vieler disparater, auf die neuen Aufgaben in keiner Weise vorbereiteter Kräfte führen würde.³⁶ Durch gleichzeitige "innere Geschlossenheit" und "richtige Politik" sollte sich die KPD die "ihr zukommende wichtige Rolle im Block der kämpferischen Demokratie verschaffen".³⁷ Zugleich war daran gedacht, die kommunistische Partei dadurch auf eine breitere Basis zu stellen, daß man - nachdem die KPD ihre Positionen zuvor überlegen ausgebaut haben würde - die SPD zum Zusammenschluß veranlaßte. Nachdem die Führung durch das kommunistische Element klar feststehen würde, sollte die seit dem Ersten Weltkrieg verlorene "organisatorische Einheit der deutschen Arbeiterklasse" wiederhergestellt werden. Die Vorbedingung, daß der entscheidende Einfluß der KPD-Kader gesichert sein müsse, war ein entscheidendes Element des Vereinigungskonzepts. Als dies während der ersten Monate nach Kriegsende noch nicht gewährleistet schien, wurden alle spontan in der Sowjetzone entstandenen Vereinigungsinitiativen als "voreilig" gestoppt, weil erst noch verschiedene Klärungen stattfinden müßten.³⁸ Im Herbst 1945 mußten die KPD-Führer und ihre sowjetischen Protektoren freilich erkennen, daß sie sich verrechnet hatten. Statt der KPD entwickelte sich nämlich die SPD zu derjenigen Kraft, die weitaus größere Resonanz im Lande fand als die andere Seite. Um den Schaden zu begrenzen und längerfristig wettzumachen, begannen die Kommunisten daraufhin, die "Vereinigung der beiden Arbeiterparteien" zu forcieren. Der weithin durch sowjetischen Zwang zustande gekommene Zusammenschluß vom 21. April 1946 war das Ergebnis.

Ein entscheidender Bestandteil des Aktionsprogramms, das den Kommunisten Führung und Kontrolle über Deutschland sichern sollte, war ebenfalls von Anfang an die Forderung nach einer gemeinsamen politischen Front aller Parteien. Es wurde dementsprechend ein "Block der kämpferischen Demokratie" vorgesehen, zu dem sich die "antifaschistisch-demokratischen" Kräfte zusammenschließen sollten. Diesem - zur Kooperation verpflichteten - Parteienverbund wurde zur Aufgabe gemacht, auf breitester politischer Basis den Kampf um das neue Deutschland, d.h. um dessen innere Transformation, zu führen. Dabei sollten die Kommunisten ausdrücklich Führungsfunktion übernehmen und den anderen Gruppen die ideologisch und praktisch richtige Orientierung vermitteln. Den nachgeordneten KPD-Kadern wurde vor Beginn des Einsatzes in Deutschland erklärt, ihre Partei werde zunächst noch

36 Vgl. insbes. Pieck vor dem 1. Lehrgang der Parteischule in Moskau am 31.10.1944, in: Erler u.a., a.a.O., S. 269-289; Pieck vor der Parteischule in Moskau am 10.3.1945, in: Keiderling, a.a.O., S. 243; Pieck vor der Antifa-Schule 27 am 21.6.1945, ebenda, S. 560-568.

37 Aktionsprogramm der kämpferischen Demokratie (3. Entwurf) vom 21.10.1944, in: Keiderling, a.a.O., S. 131.

38 Vgl. Hinweis auf eine Anweisung Dimitrows in einem Gespräch mit Pieck am 5.12.1943, in: Erler u.a., a.a.O., S. 75; Pieck vor dem 1. Lehrgang der Parteischule in Moskau am 31.10.1944, ebenda, S. 272f.; Pieck vor der Parteischule in Moskau am 10.3.1945, in: Keiderling, a.a.O., S. 242; Protokoll Aussprache im Berliner Stadthaus am 12.6.1945, ebenda, S. 522-531; Pieck vor KPD-Mitgliedern in Moskau am 27.6.1945, ebenda, S. 594f.

neben anderen Parteien agieren müssen; die kommunistische Ausschließlichkeit könne "nicht am Anfang stehen", sondern lasse sich erst als "Ergebnis" vorangegangenen Bemühens erwarten.³⁹ Der "Block der kämpferischen Demokratie" diene während des damit ins Auge gefaßten politischen Prozesses wesentlich dem Zweck, für die nicht-kommunistischen Parteien die Mitwirkung an der Verwirklichung eines politischen Programms verbindlich zu machen, das von den Kommunisten initiiert wurde. Zum einen sollte es den bürgerlichen und sozialdemokratischen Kräften auf diese Weise erschwert werden, sich gegen die von der KPD initiierten Maßnahmen zu wenden. Zum anderen rechneten die kommunistischen Führer damit, unter den anderen Parteien eine Auslese einzuleiten, deren Einzelschritte sich je nach augenblicklichem Bedarf bestimmen ließen. Dabei ging es darum, "die Führer der alten Parteien [zu] zwingen, zu dem Programm [der KPD] Stellung zu nehmen, und ihnen irgendwelche Ablenkungs- und Täuschungsmanöver unmöglich [zu] machen". An der Meßlatte der jeweils von den Kommunisten aufgestellten Postulate sollte sich dann jeweils entscheiden, wer als Verfechter einer "reaktionären" Tendenz ausschied, während zugleich alle anderen dem Zwang zur Anpassung unterworfen sein würden, um weiter politisch mitspielen zu können.⁴⁰ Dieses Vorgehen konnte die KPD beliebig oft mit beliebig gewählten Streitfragen wiederholen - mit der Wirkung, daß sich die vom kommunistischen Standpunkt aus unzuverlässigen Personen und Gruppen nacheinander politisch isolieren und vernichten ließen. Dementsprechend hieß es, es gelte nicht, die "alten Parteien" zu verbieten, sondern sie "zu entlarven, einzuengen oder in die gemeinsame Front zu zwingen".⁴¹

Das Aktionsprogramm, das die nicht-kommunistischen Kräfte zunehmend aus der Politik entfernen sollte, war inhaltlich auf eine Ebnung des Weges zum Sozialismus ausgerichtet.⁴² Gleichwohl wurde die Demokratie, deren Aufbau nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs eingeleitet werden sollte, von den Moskauer Führern der KPD als "kapitalistisch" klassifiziert.⁴³ Das war freilich nur die eine Seite der Medaille. Es ging zugleich um eine "Ausrottung aller Wurzeln des barbarischen Faschismus und räuberischen Imperialismus",⁴⁴ so daß dann später auf der so geschaffenen Grundlage der Sozialismus aufgebaut werden konnte. Dieses Bemühen um eine fortschreitende Ausschaltung aller anderen politischen Kräfte hatte zwei Aspekte. Zum einen sollten bisherige Führungsschichten wirtschaftlich-gesellschaftlich entmachteter werden.⁴⁵ Der Einfluß der Ritterguts- und Großgrundbesitzer sollte durch eine Bodenreform gebrochen werden, die gleichzeitig dazu bestimmt war, die landlose und landarme Landbevölkerung zur politischen Klientel der Kommunisten zu machen. In der Industrie

39 Pieck vor der Parteischule in Moskau am 10.3.1945, in: Keiderling, a.a.O., S. 240-242.

40 Vgl. u.a. Darstellung der Diskussionen in der KPD-Kommission im April 1944 bei Fischer, a.a.O., S. 87f.; Pieck vor dem 1. Lehrgang der Parteischule in Moskau am 31.10.1944, in: Erler u.a., a.a.O., S. 272-274; Pieck vor der Parteischule in Moskau am 10.3.1945, in: Keiderling, a.a.O., S. 240-242; Ulbricht lt. Protokoll einer Aussprache im Berliner Stadthaus am 12.6.1945, in: Ebenda, S. 527f.

41 Referat von Florin, vorgetragen in der KPD-Kommission am 10.4.1944, in: Erler u.a., a.a.O., S. 159f.

42 Pieck vor der Parteischule in Moskau am 10.3.1945, in: Keiderling, a.a.O., S. 242.

43 So beispielsweise Ulbricht lt. Protokoll einer Aussprache im Berliner Stadthaus am 12.6.1945, in: Keiderling, a.a.O., S. 527.

44 Aktionsprogramm der kämpferischen Demokratie vom 21.10.1944, in: Keiderling, a.a.O., S. 130.

45 Aufzeichnung Piecks über ein Gespräch mit Stalin, Molotow und Shdanow am 4.6.1945, in: Baststübner, Rolf/Loth, Wilfried: Wilhelm Pieck - Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945-1952, Berlin 1994, S. 51; Pieck vor KPD-Mitgliedern in Moskau am 27.6.1945, in: Keiderling, a.a.O., S. 589.

war der Unterschicht durch Überführung aller größeren Betriebe in öffentliches Eigentum das materielle Rückgrat zu brechen.⁴⁶ Zum anderen wurde es für notwendig gehalten, daß die "Organe des demokratischen Staates" die "Lenkung und Kontrolle der Wirtschaft" übernahmen.⁴⁷ Auf diese Weise würde die kommunistische Führung des Landes nicht allein die entscheidenden Produktionskapazitäten in die Hand bekommen, sondern auch weitestgehend über die Vergabe der Arbeitsplätze befinden.

Das auf eine allmähliche politisch-gesellschaftliche Transformation Deutschlands abzielende Aktionsprogramm war in sich schlüssig, wenn man von der Voraussetzung ausgeht, daß den deutschen Kommunisten die Machtmittel der Besatzungsmacht zu Gebote standen. Auf Seiten der UdSSR war dies kein Problem. Wie sich nach der Okkupation in der Sowjetzone sehr rasch zeigte, hatte die Sowjetische Militär-Administration (SMAD) Anweisung, bei Bedarf massiv zu Gunsten der deutschen Genossen zu intervenieren. Auf diese Weise ließen sich die anderen Parteien in die vorgesehene Zwangsjacke des "Blocks der kämpferischen Demokratie" hineinpressen. Das wiederum erlaubte es den eingesetzten kommunistischen Kadern aus Moskau, anschließend die nicht-kommunistischen Kräfte in aufeinanderfolgenden Etappen vor die Wahl zwischen Anpassung oder Isolierung zu stellen. Ebenso war sowjetischer Druck entscheidend, als es darum ging, die "organisatorische Einheit der Arbeiterklasse" herbeizuführen, d.h. die politische Basis der KPD durch Absorption der SPD zu verbreitern. Diese Versuche scheiterten jedoch, wenn sich die Kommunisten nicht des starken Arms der Besatzungsmacht bedienen konnten. Die Westzonen begannen daher schon 1945 eine andere innenpolitische Entwicklung zu nehmen, als sich dort weder eine Blockpolitik noch eine Enteignung der agrarischen und industriellen Großbetriebe anbahnte.

Die Schwierigkeiten, die sich für das Aktionsprogramm aufgrund fehlender Unterstützung durch die nicht-sowjetischen Besatzungsmächte ergaben, wurden von dessen Autoren durchaus gesehen. Die Okkupationsregime, so hieß es, würden in den verschiedenen Zonen "sehr unterschiedlich" sein, und die kommunistische Arbeit werde sich danach richten müssen.⁴⁸ Es sei sogar damit zu rechnen, "daß in der englischen u. amerikanischen Zone Bestrebungen Vorschub geleistet" werde, "ein Gegengewicht gegen den wachsenden Einfluß der SU zu schaffen und dort reformistischen Führern der Sozialdemokratie und Gewerkschaften Gelegenheit zu geben, sich wieder Einfluß in der Arbeiterschaft zu verschaffen gegenüber den Kommunisten". Angesichts solcher Herausforderungen, welche die von den Kommunisten beanspruchte Klassenbasis bedrohten, wußte man nur den Rat, daß die "eingesetzten kommunistischen und antifaschistischen Kader" gemäß östlicher Anweisung eine "breite einheitliche antifaschistische demokratische Bewegung in den Betrieben" schaffen sollten.⁴⁹ Es war generell davon die Rede, es gelte, "die Pläne der reaktionären Kräfte [im westlichen Ausland] hinsichtlich Deutschlands zu durchkreuzen" und "hinsichtlich der inneren Umgestaltung das Weitgehendste, was die internationale Lage und die Kräfteverhältnisse in Deutschland

46 Die einschlägigen Niederschriften bezüglich der Beratungen in der KPD-Kommission und die daraus hervorgegangenen Arbeitsergebnisse finden sich in Erlar u.a., a.a.O., S. 155, 209-224, 291-295. Vgl. die zusammenfassende partielle Darstellung bei Fischer, a.a.O., S. 96-101.

47 Aktionsprogramm der kämpferischen Demokratie vom 21. 10.1944, in: Keiderling, a.a.O., S. 133.

48 Pieck vor der Parteischule in Moskau am 10.3.1945, in: Keiderling, a.a.O., S. 247.

49 Ebenda, S. 251.

selbst erlauben, zu erreichen".⁵⁰ Wie dies jedoch geschehen sollte, blieb offen. Auch sollten die früher beim politischen Werben um das deutsche Volk gemachten Fehler vermieden werden, so daß man dessen feste Unterstützung gewinne und so die politischen Widerstände überwinde. Daher wollte man "jedem Menschen helfen, sich ein richtiges Urteil über die [kommunistische] Partei zu bilden". Auf diese Weise gedachte man "die Kräfte zu einigen, die zur Schaffung einer sozialistischen Ordnung notwendig sind, um schließlich dem Kommunismus [in Deutschland] zum Siege zu verhelfen". Die KPD dürfe sich nicht abkapseln, sondern die enge Verbundenheit mit den breiten Volksmassen "suchen und daraus ihre Kraft schöpfen".⁵¹ Insgesamt liefen diese Vorstellungen auf das Bestreben hinaus, breiteste Bevölkerungsschichten für die kommunistische Sache zu mobilisieren. Augenscheinlich hofften die Moskauer KPD-Führer, damit einen Druck erzeugen zu können, der alle Widerstände überwinden werde.

Aufbau eines "antifaschistisch-demokratischen" Staates

Eine wichtige Rolle bei der politisch-gesellschaftlichen Transformation Deutschlands war dem neu aufzubauenden Staatsapparat zugedacht, durch den die Moskauer KPD-Funktionäre entscheidende Machtmittel in die Hand zu bekommen dachten. Gemäß Lenins Forderung, daß die alte Staatsmaschine zerschlagen werden müsse, ging es nicht einfach um einen Personalaustausch, sondern auch um strukturelle Änderungen. Dementsprechend war beispielsweise das "gesamte Gerichtswesen" auf neue gesetzliche Grundlagen zu stellen "gemäß den neuen demokratischen Lebensformen des Volkes und den neuen wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen". Es sollten "demokratische Reformen" und eine "demokratisch-fortschrittliche Justizpolitik" durchgesetzt werden. Was damit gemeint war, wurde durch den Hinweis auf die Beseitigung der Beamtenunabhängigkeit illustriert: Die Gerichte sollten hinfort politisches Recht nach dem Willen der kommunistischen Machthaber sprechen.⁵² Bezüglich der Verwaltung war es das Bestreben, "die *gesamte* vorhandene Apparatur aufzulösen" und die Strukturen "ganz von unten herauf vollkommen neu" aufzubauen. In der Personalpolitik galt das Prinzip, bis auf "untergeordnete technische Kräfte" alle Mitarbeiter, auch wenn sie der NSDAP nicht angehört hatten, durch neue Kräfte zu ersetzen.⁵³ Dieses Vorgehen verstärkte den Zerschlagungseffekt, den die Umgestaltungsmaßnahmen hervorriefen. Dabei ging es keineswegs um eine besonders radikale Durchführung von Entnazifizierungsgrundsätzen. In gewisser Hinsicht war die östliche Seite gegenüber früheren Nazis sogar besonders duldsam. Ein wesentlicher Grund dafür war, daß man nicht auf Demokraten aus der Zeit vor 1933 zurückgreifen wollte und zugleich nur über eine sehr kleine Zahl kommunistischer Kader verfügte im Vergleich zu den beanspruchten Posten. Daher sollte es bei den neu einzusetzenden "Antifaschisten" ausdrücklich "keine Begrenzung wegen Zwangsmitgliedschaft in der Nazi-

50 Referat von Florin, vorgetragen in der KPD-Kommission am 6.3.1944, in: Erler u.a., a.a.O., S. 142f.

51 Pieck vor der Antifa-Schule 27 am 21.6.1945, in: Keiderling, a.a.O., S. 564.

52 Aktionsprogramm der kämpferischen Demokratie (Entwurf von Ackermann Ende 1944), in: Erler u.a., a.a.O., S. 303.

53 Die Lage im russischen Raum nach dem Stand von Ende Juni 1945 [Bericht eines außenstehenden Beobachters], in: Keiderling, a.a.O., S. 602. Vgl. die Darstellung der einschlägigen Beratungen der KPD-Kommission bei Fischer, a.a.O., S. 88.

partei" geben.⁵⁴ Während das zu verwendende Personal nur unter Hitler "standhaft" gebliebene Angehörige der KPD und mit ihr verbundener Organisationen aus der Zeit vor 1933 umfassen sollte, erschienen im Falle ihres Wechsels zur kommunistischen Seite Intellektuelle, Ingenieure, Ärzte und Lehrer mit NSDAP-Vergangenheit willkommen.⁵⁵ Diese neuen Kader hatten aus Moskauer Sicht sogar einen besonderen Vorzug: Aufgrund der früheren Verbindung zur NSDAP konnten sie sich kein Aufmucken leisten, weil dies Anlaß zu Rückfragen nach ihrer Vergangenheit bieten mußte.

Die aus Moskau zurückgekehrten KPD-Führer waren nicht an allen Teilen der Verwaltung gleichmäßig interessiert. Ihre besondere Aufmerksamkeit galt den Sachbereichen, die sich entweder politisch instrumentalisieren ließen oder unmittelbare Macht verkörperten. Dementsprechend suchten sie zum einen die Personalabteilungen sowie Ressorts wie Justiz, Erziehung, Jugend und Sport und zum anderen die Polizei und die ersten Ansätze eines Staatssicherheitsdienstes, später auch die Streitkräfte, besonders fest in die Hand zu bekommen. Außerhalb des Staatsapparates spielte die Verfügung über die Gewerkschaften eine besonders wichtige Rolle. Als weitere durchgehende Tendenz läßt sich das Bestreben feststellen, die kommunistische Machtergreifung durch demonstrative Beteiligung anderer Kräfte an öffentlich besonders exponierten, zugleich aber mit wenig Einfluß verbundenen Stellen zu verschleiern. Besonders geeignet für derartige Aufgaben erschienen parteilose Kandidaten, denen sowohl Erfahrung im Umgang mit Apparaten als auch der Rückhalt an gesellschaftlichen und politischen Gruppen fehlte. Solche Personen wurden weithin an Verwaltungsspitzen plaziert. Neben sie wurden an die rangmäßig zweite Stelle jeweils zuverlässige Kommunisten gesetzt, die alle Fäden in die Hand nahmen. Eine weitere Herrschaftstechnik bestand darin, kollektive Gremien auf eine Weise zusammenzustellen, die jeweils die sozialen, beruflichen und ähnlichen Kategorien der Bevölkerung proportional repräsentierten, während die Machthaber des entsprechenden Gremiums unauffällig im Hintergrund wirkten. Eine Schwierigkeit ergab sich, wenn aufgrund gegebener Voraussetzungen andere Parteien Anspruch auf interessant erscheinende Posten geltend machten. In diesen Fällen suchten die Moskauer KPD-Funktionäre über die Auswahl der den anderen Parteien zustehenden Vertreter zu bestimmen, um so ihnen bequeme Leute auf die fraglichen Stellen zu plazieren.⁵⁶ Den Leitgesichtspunkt brachte Ulbricht bei einer Besprechung mit Mitarbeitern auf die Formel: "Es ist doch ganz klar: Es muß demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben."⁵⁷

Es ging den Moskauer KPD-Führern und der mit ihnen verbundenen sowjetischen Besatzungsmacht nicht allein darum, den künftigen deutschen Staat zu beherrschen. Seine Apparate sollten in Zukunft auch weithin andere Funktionen wahrnehmen als in einer Demokratie.

54 Besprechung Dimitrows mit Pieck, Ulbricht und Ackermann am 1.4.1945, in: Keiderling, a.a.O., S. 256f.

55 KPD-Richtlinien für die Arbeit in den besetzten Gebieten vom 5.4.1945, in: Keiderling, a.a.O., S. 262.

56 Hierzu u.a. Disposition von Matern für das Referat vor der KPD-Kommission im Juni 1944, in: Erler u. a., a.a.O., S. 200; Rechenschaftsbericht Ulbrichts an Dimitrow vom 17.5.1945, in: Keiderling, a.a.O., S. 352; Protokoll über Besprechung Ulbrichts mit KPD-Funktionären aus den Berliner Bezirken am 20.5.1945, ebenda, S. 362f.; Rechenschaftsbericht Ulbrichts an Dimitrow vom 23.5.1945, ebenda, S. 376f.; Bericht zur Lage in Kreuzberg vom 29.5.1945, ebenda, S. 417-419; Leonhard, a.a.O., S. 355-361, 378-381; Naimark, Norman: "To Know Everything and to Report Everything Worth Knowing": Building the East German Police State, 1945-1949, Cold War International History Project, Woodrow Wilson International Center for Scholars, Working Paper No. 10, Washington, August 1994.

57 Leonhard, a.a.O., S. 358.

Die Polizei beispielsweise wurde zunehmend auf die Aufgabe nicht des Schutzes von Bürgern, sondern der Sicherung von Herrschaft gegenüber den Bürgern ausgerichtet. Daher wurde politische Zuverlässigkeit zu einem entscheidenden Kriterium für die Auswahl nicht nur der leitenden Funktionäre, sondern auch der einfachen Polizisten. Es wurden wiederholt Säuberungen durchgeführt, die zwar amtlich mit der Notwendigkeit begründet wurden, unversehens hereingekommene Elemente mit nationalsozialistischer oder krimineller Belastung loszuwerden, tatsächlich jedoch primär der Durchsetzung einer sich der Ausschließlichkeit nähernden kommunistischen Zusammensetzung des Personals dienten.⁵⁸ Ein weiteres Merkmal der neuen "antifaschistisch-demokratischen" Staatlichkeit war das Anwachsen der zu Repressionszwecken geeigneten Machtapparate. Die Polizei nahm in der Sowjetzone deutlich größere Ausmaße an als im Westen Deutschlands.⁵⁹ Vor allem aber wurde mit dem Aufbau politischer Strafverfolgungsbehörden begonnen. Beispielgebende Bedeutung gewannen die polizeilichen Strukturen, die der aus der UdSSR zurückgekehrte KPD-Funktionär Kurt Fischer in Sachsen aufbaute. Dort entstand eine Gliederung in fünf Dezernate, die auch die ersten Anfänge jener Organisation einschloß, die 1950 zum Ministerium für Staatssicherheit zusammengefaßt wurde. Zu deren Befugnissen gehörten bezeichnenderweise schon im Herbst 1945 die Aufsicht über den Justizapparat und die Abfassung von Dossiers über alle Richter und Staatsanwälte. Vom Gerichtswesen weiteten sich die Überwachungsfunktionen zunächst auf den gesamten Staatsapparat und danach auch auf die Gesellschaft aus. In diesem Dienst arbeiteten nur zuverlässige Kommunisten mit entsprechender Schulung. Dabei wurde zunehmend auf Erfahrungen auch der nationalsozialistischen Gestapo zurückgegriffen. Das Vorgehen begann mit Methoden der verdeckten Ermittlung, schloß aber bald auch gezielte Unterwanderung ein. Zur bestimmenden Figur wurde nach kurzer Zeit Mielke, der es als die zu lösende Aufgabe ansah, die - generell des subversiven Vorgehens verdächtigen - Feinde der neuen Ordnung mit den entsprechenden Waffen zu schlagen.⁶⁰

Eine erhebliche Schwierigkeit für den staatlichen Aufbau, wie ihn die aus Moskau zurückgekehrten kommunistischen Führer im Sinne hatten, waren die Drei- bzw. Vier-Mächte-Beschlüsse über eine politische und administrative Dezentralisierung Deutschlands. Der angestrebte Sozialismus erforderte eine Konzentration der Macht und nicht deren Aufspaltung. Die von den Besatzungsmächten gemeinsam festgelegten Prinzipien der Dezentralisierung wurden zwar in der Sowjetzone stellenweise relativiert und ausgehöhlt, ließen sich aber, aufs Ganze gesehen, nicht eliminieren. Dieses Hindernis wurde erst 1947 zunehmend aufgehoben, als die UdSSR auf eine offene Ost-West-Konfrontation zusteuerte und sich daher nicht länger zur Rücksichtnahme auf die anderen Besatzungsmächte veranlaßt sah. Ent-

58 Am 1.8.1947 - also noch vor Einsetzen der durch den offenen Ausbruch der Ost-West-Konfrontation hervorgerufenen Sowjetisierungsmaßnahmen - gehörten 89,5 % der sowjetzonalen Polizisten der SED an (Bericht des Leiters der Innenverwaltung der SMAD, Generalmajor Mal'kov, an den Stellv. Politischen Berater der SMAD, Gribanov, 19.8.1947, Archiv vnešnej politiki Rossijskoj Federacii, fond 0457 a, opis' 4, papka 19, delo 48: list 26).

59 Am 1.8.1947 gab es in der Sowjetzone bereits insgesamt 45700 Polizisten, die allesamt auf Länderebene organisiert und der Deutschen Verwaltung des Innern zugeordnet waren (ebd.: list 25). Demgegenüber hatten die dreimal so bevölkerungsstarken Westzonen Ende 1948 erst 85000 Polizisten, die zahllosen Gebietskörperschaften bis hinunter zur kommunalen Ebene unterstanden (Wettig, Gerhard: Entmilitarisierung und Wiederbewaffnung in Deutschland 1943-1955, München 1967, S. 226).

60 Naimark, a.a.O., S. 8-11.

sprechendes galt auch in anderen Bereichen, etwa hinsichtlich der offenen und totalen Orientierung der kommunistischen Partei am Vorbild der KPdSU oder der Satellisierung der bürgerlichen Parteien.⁶¹ Auch Vorbereitung und Aufstellung einer militärischen Streitmacht fallen in diese Zeit.⁶²

Fazit

Das Bild, das aufgrund der neuen Quellen entsteht, weicht weithin von den bisherigen Thesen ab. Insbesondere greift die hergebrachte Logik fehl, daß sich die Leiter der sowjetischen Politik bezüglich Deutschlands vor die Entscheidung gestellt sahen, entweder auf eine Einführung ihres Systems hinarbeiten oder um der Ost-West-Kooperation und der deutschen Einheit willen eine demokratische Ordnung bzw. wenigstens entscheidende Elemente derselben langfristig zu akzeptieren. Die hergebrachte westliche Logik, daß Stalin beides als miteinander unvereinbar erkannt und entsprechend gehandelt haben müsse, erweist sich als Irrtum. Aus Moskauer Sicht war der Versuch aussichtsreich, auf eine sowjetsozialistische Ordnung in dem besiegten Land zuzusteuern, ohne deswegen deren Beschränkung auf sowjetisch beherrschtes Territorium zu provozieren und die Vorteile eines politischen Zusammenwirkens mit den westlichen Besatzungsmächten preiszugeben. Als Grundlage diente ein Herrschafts- und Gesellschaftsmodell, das zwar im Kern und in der Perspektive sowjetsozialistisch war, aber in den Anfangsstadien einen demokratischen Anschein erweckte. Das bedingte vielfach auch in der Sache anfängliche Zugeständnisse an Demokratie-Erwartungen. Diese sollten freilich so aussehen, daß der angestrebte Endzustand dadurch positiv präjudiziert wurde. Daher ging es der sowjetischen Seite von Anfang an darum, die Machtrelationen unter den Deutschen massiv zugunsten der kommunistischen Schützlinge zu beeinflussen, um diesen von vornherein bestmögliche Ausgangspositionen in dem vorgesehenen lang dauernden Kampf um die Herrschaft zu verschaffen. Das seit 1944 in den Grundzügen feststehende Moskauer Konzept für die politisch-gesellschaftliche Ordnung in Deutschland war dynamischer Art:⁶³ Es handelte sich nicht um den Entwurf eines gestalterischen Endresultats, sondern um den Rahmen für eine Transformationsstrategie, gemäß der eine fortschreitende Annäherung an das zunächst scheinbar fallengelassene sowjetsozialistische Ziel erreicht werden sollte. Die "antifaschistisch-demokratische Ordnung", die zunächst etabliert werden sollte, um den Start für die weitere, richtungsmäßig eindeutig fixierte Entwicklung zu ermöglichen, war daher als schiefe Ebene konzipiert. Dadurch sollte gewährleistet werden, daß die politisch-gesellschaftlichen Verhältnisse des besiegten Landes gar nicht anders konnten, als früher oder später in den erwünschten Endzustand hinüberzuleiten.

Der entscheidende Grund dafür, daß die sowjetische Besatzungsmacht auf eine direkte und sofortige Aufzwingung ihres Systems verzichtete und auf eine zwar massive, aber weit-

61 Hierzu näher Wettig, Gerhard: All-German Unity and East German Separation in Soviet Policy, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung, 1994, S. 122-139.

62 Wettig, Gerhard: Neue Erkenntnisse aus sowjetischen Geheimdokumenten über den militärischen Aufbau in der SBZ/DDR 1947-1952, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen, 53(1994), S. 399-406, 412-419.

63 Der von Boris Meissner erwähnte Mikrian-Bericht bedeutete in dieser Hinsicht keinen Kurswechsel; der - im Blick auf einen anderen Aspekt - ihm übrigens bereits vorausging statt folgte (Raack, a.a.O., p. 61).

hin durch deutsche Kader vermittelte Einflußnahme unter scheidendemokratischem Vorzeichen setzte, lag in der Beteiligung westlicher Staaten an der Besetzung Deutschlands. Für die Leiter der sowjetischen Politik war klar, daß rasche und unverhüllte Sowjetisierungsmaßnahmen dazu führen würden, den Wirkungsbereich des eigenen Handelns auf die eigene Zone zu begrenzen. Die westlich beherrschten Teile Deutschlands würden dann einen anderen politischen Weg gehen. Das aber sollte verhindert werden, damit sich die sowjetsozialistische Ordnung auf das gesamte deutsche Land ausbreiten konnte. Dies erschien nicht nur darum wichtig, weil die Verfügung über Deutschland in Moskau als entscheidender Faktor angesehen wurde.⁶⁴ Wie aus den Überlegungen Majskijs von 1944 hervorgeht, gaben sich maßgebende sowjetische Kreise auch der Hoffnung hin, daß man von dort aus auch die nicht von der Roten Armee eroberten Teile des europäischen Festlands in den Bannkreis des Sozialismus ziehen könne. Im Rückblick erscheint freilich diese weitgespannte Erwartung den faktischen Gegebenheiten in Europa und vor allem in Deutschland wenig angemessen. Wie konnte die sowjetische Führung meinen, daß eine Transformationsstrategie der Täuschung und der Nötigung die nicht-kommunistischen Kräfte übertölpeln würde? Sicherlich konnten derartige Taktiken zu Anfang wirken. Es war aber nicht zu erwarten, daß diese Methoden auf die Dauer Erfolg haben würden. Hatten die Widersacher - die dem kommunistischen Vorgehen ausgesetzten bürgerlichen bzw. sozialdemokratischen Kräfte und die über das westdeutsche Territorium gebietenden Besatzungsmächte - das kommunistische Spiel erst einmal durchschaut, mußte die östliche Seite mit einem Scheitern ihrer Bemühungen rechnen. Dieser Effekt begann nach der Okkupation Deutschlands sehr rasch zutage zu treten. Schon im Herbst 1945 wurde deutlich, daß die nicht-kommunistischen Kräfte in den Westzonen nicht bereit waren, sich den - unter sowjetischem Einfluß gebildeten - Berliner Parteizentralen unterzuordnen. Der von der Sowjetischen Militär-Administration mittels Nötigung und Zwang vorangetriebene⁶⁵ Anschluß der SPD an die KPD im April 1946 konnte nur innerhalb der Sowjetzone und Ost-Berlins durchgesetzt werden. Auch die - vielfältiger östlicher Einflußnahme ausgesetzten - Westsektoren der deutschen Hauptstadt versagten sich.

Die vorgesehene Transformationsstrategie funktionierte daher nur so weit, wie die Herrschaft der sowjetischen Besatzungsmacht reichte. Die deutschen Kommunisten konnten sich nur dort durchsetzen, wo sie auf die jeden Widerstand überwältigende Zwangsgewalt der UdSSR zurückgreifen konnten. Das gilt auch für jenen entscheidenden Bestandteil der von den KPD-Führern ausgearbeiteten Transformationsstrategie, der zunächst die Bildung eines "antifaschistisch-demokratischen" Parteienblocks unter kommunistischer Hegemonie und dessen Verwendung als ein Instrument zur Entmachtung der nicht-kommunistischen Kräfte vorsah. Der Plan, die "alten Parteien" gemäß kommunistischem Gutdünken schrittweise vor die Wahl zwischen Mitmachen und Isolierung zu stellen, konnte nur unter Voraussetzung überlegener Macht auf seiten der Kommunisten funktionieren. Andernfalls hatten die anderen Kräfte die Option, sich dem kommunistischerseits aufgestellten Gesetz des Handelns zu ent-

64 Vgl. Glückwunschtelegramm Stalins an die DDR-Regierung vom 13.10.1949, in: Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion, Bd. 1, (Ost-)Berlin 1957, S. 238f.

65 Vgl. Berichtsniederschrift von Tjul'panov für das ZK der VKP (b) vom 25.2.1946 sowie Mitteilung der Propaganda-Verwaltung der SMAD an das ZK der VKP (b) vom 14.3.1946, in: SVAG. Upravlenie propagandy (informacii) i S. I. Tjul'panov, 1945-1949 gg., redigiert von Bernd Bonwetsch/Gennadij Bordjugov/Norman Naimark, Moskau 1994, S. 41-46.

ziehen, indem sie sich nicht zur vorgesehenen Blockgemeinschaft bereit fanden und statt dessen demokratische Verhaltensstrukturen - wie insbesondere eine politische Unterscheidung nach Regierung und Opposition - etablierten. Forscht man in den einschlägigen Dokumenten nach den Gründen, die den KPD-Führern des Moskauer Exils gleichwohl die Gewißheit gaben, daß die vorgesehenen Spielregeln von den dadurch zu Verlierern prädestinierten Nicht-Kommunisten auch bei fehlendem sowjetischen Zwang eingehalten werden würden, stößt man auf die Erwartung einer überwältigend starken Unterstützung durch die Volksmassen. Wie es scheint, meinten die in Moskau planenden KPD-Führer, daß sich die deutschen "Werkstätigen" nach Verdrängung des faschistischen Einflusses notwendigerweise auf ihre Seite stellen würden. Das wiederum werde das kommunistische Vorgehen mit einer Macht ausstatten, der sich die anderen Akteure nicht würden entziehen können. Diese Erwartung trug freilich total. Die Bevölkerung in Deutschland nahm in ihrer überwältigenden Mehrheit während der Nachkriegsjahre Stellung gegen den Kommunismus und die UdSSR. Daher konnte die Transformationsstrategie ihren wesentlichen Zweck nicht erfüllen, die dem Zugriff der sowjetischen Macht entzogenen deutschen Gebiete in die östliche, zum Sowjetsozialismus hin tendierende Ordnung einzubeziehen.